

Laska zum Bawag-Skandal: „SPÖ unmittelbar betroffen“

INTERVIEW. Vizebürgermeisterin Laska über Schule, Prater, Wahl.

VON MANFRED SEEH

Die Presse: Wie schätzen Sie die Auswirkungen des Bawag-Debakels auf die Nationalratswahl ein?

Grete Laska: Solche Themen, die in den Köpfen und in den Herzen der Menschen landen, haben natürlich Auswirkungen auf das Wahlverhalten.

Die Menschen gehen nicht wählen?

Laska: Das kann eine Auswirkung sein, weil gerade jetzt das Vertrauen in die Politik sinkt. Da wird dann nicht mehr unterschieden, ob das jetzt Rot, Schwarz, Bunt oder Blau ist. Natürlich ist die zweite Frage, welche Partei es unmittelbar betrifft, in diesem Fall sicherlich die SPÖ. Wenn man liest, was jetzt über die Privilegien der Direktoren der Bawag berichtet wird, muss das bei jemanden, der im Moment arbeitslos ist, Unverständnis hervorrufen.

Die SPÖ nimmt Schaden?

Laska: So wie es im Moment aussieht, kann es sein. Es kann aber durchaus passieren, dass die Kandidatur von Hans-Peter Martin dazu führt, dass eine Schleiße für Verärgerte eröffnet wird, die dann zu einer kompletten Veränderung der derzeitigen Umfragen führt.

„Gleitender Schuleintritt“

Thema Schule: Sollen Kinder mit Sprachproblemen Wien-weit besser verteilt werden? Braucht Wien eine Sprach-Quotenregelung?

Laska: Nein, was es braucht, ist eine gute Sprachförderung – im Kindergarten beginnend. Wir sind gerade dabei, für den Kindergarten einen Bildungsplan festzuschreiben. Wir haben festgestellt, dass rund 2500 Kinder, sowohl Wiener Kinder, als auch Kinder mit Migrationshintergrund, Sprachprobleme haben. Diese Kinder sind seit Jahresbeginn in Kursen in den Kindergärten.

Dann sind Sie auf ÖVP-Linie ...

Laska: Da haben wir keinen Unterschied, uns trennt der Ansatz, denn die ÖVP sieht das Allheilmittel im Gratiskindergartenjahr ein Jahr vor der Schule. Mein pädagogischer Ansatz muss früher beginnen und die Übergangsphase vom Kindergarten zur Schule muss man gleitender gestalten: von fünf bis sieben Jahren.

Was wurde aus Ihrem Vorschlag, die Schulpflicht ein Jahr vorzulegen?

DIE FRAU HINTER HÄUPL

Grete Laska ist Wiener SP-Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Bildung, Jugend, Information, Sport. Gefragt, ob es stimme, dass sie bald SP-Familiensprecherin Andrea Kuntzl weichen müsse, sagt Laska: „Das gehört wie viele Gerüchte in den Kübel. Ich bleibe bis 2010.“



Wiens Vizebürgermeisterin Grete Laska: „Vertrauen in die Politik sinkt.“ [C. Fabry]

Laska: Der wird diskutiert und ich bin zuversichtlich, dass er tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Probleme gibt es auch bei Kindern die mit 13 oder 14 nach Wien kommen und keine Deutschkenntnisse haben, da haben wir jetzt ein Bündel von Sprachförderungsmaßnahmen beschlossen.

In Schulen gab es einen Anstieg bei Delikten, wie etwa Raub oder Diebstahl. Was tun Sie dagegen?

Laska: Die Kommunikation in der Gesellschaft nimmt ab und auch durch den Personalabbau – etwa von Stützlehrern, Psychologen oder Jugend-Kriminalbeamten – wurden die Puzzlesteine der Prophylaxe zurückgenommen.

Sie brauchen also mehr Betreuer?

Laska: Wir brauchen mehr personelle Ressourcen in der Schule, eben nicht nur im Bereich Wissensvermittlung. Wir haben auch in Wien Jugendarbeit, Jugendzentren, Projekte zur außerschulischen Jugendarbeit nicht zurückgenommen, weil ich meine, dass das die beste Prophylaxe ist.

Und vom Bund wünschen Sie sich Lehrer?

Laska: Die wünsch ich mir, ja. Wir haben einen Teil von dem Eingesparten ja wieder zurückbekommen. Das ist sehr positiv.

In Zahlen ausgedrückt?

Laska: Insgesamt sind in Wien ungefähr 1400 Lehrer seit 2001 eingespart worden und ungefähr die Hälfte haben wir stückweise wieder zurückbekommen, durch Verhandlungen mit dem Ministerium.

Prater-Unternehmer „uneinig“

Stichwort Prater. Auch nach Vorlage des Masterplans klagen Unternehmer über Unsicherheit. Wie bringt sie dazu, zu investieren?

Laska: Ich glaube, es ist ungerecht, die Unternehmer als Gesamtes zu sehen. Wir haben 80 Unternehmer, diese 80 sind eine höchst unterschiedliche Gruppe. Es gibt einzelne, die immer investieren.

Diese Klage kommt vom Sprecher der Unternehmer, das ist doch keine Einzelmeinung.

Laska: Man muss zwischen einzelnen Positionen und dem, was als Verbandsmeinung geäußert wird, unterscheiden.

Die Verbandsmeinung deckt sich also nicht mit den Positionen der Einzelunternehmer?

Laska: Nicht hundertprozentig. Die Erwartungshaltung, die auch vom Sprecher geäußert wurde, dass mit dem Masterplan sozusagen auch ein Businessplan vorgelegt werden soll, der genaue Investitionsquoten vorgibt, widerspricht dem Vorwurf der Bevormundung.